

Pressemitteilung 16.04.2007

## Jusos fordern Mindestlohn

Die Jungsozialisten in der Braunschweiger SPD fordern die Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohns von 8 Euro. Ein entsprechender Antrag fand im Unterbezirksausschuss der Braunschweiger SPD eine große Mehrheit. Diesen hatten die Jusos in dem wichtigsten SPD-Entscheidungsgremium zwischen den Parteitagen gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen gestellt.

„Jede Art von ehrlicher Arbeit ist es wert, dass sie so entlohnt wird, dass man auch seinen Lebensunterhalt davon bestreiten kann. Deswegen wollen wir für alle Branchen einen Mindestlohn von 8 Euro“, erklärte der Juso-Vorsitzende William Labitzke zum Antrag. „Auch wenn wir aus der CDU anderes hören: Sozial ist nur, was Arbeit schafft, von der man leben kann. Bei Stundenlöhnen von 3,20 Euro beispielsweise bei Frisören- kann davon nicht die Rede sein“, ergänzte Juso-Vorstandsmitglied Stefan Hillger. Fast 20 Prozent der Erwerbstätigen mit Vollbeschäftigung in Deutschland seien von Niedriglöhnen betroffen. Sie erhielten ein Einkommen, das unter zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens liege.

Deutlich sprechen sich die Jusos in ihrem Antrag gegen den Vorschlag der Union zur Schaffung eines Kombilohns aus. Labitzke: „Die bisherigen Erfahrungen damit sind eindeutig negativ. Wir erwarten, dass Unternehmen ihre Mitarbeiter für ihre geleistete Arbeit in vollem Umfang und ohne staatliche Lohnzuschüsse entlohnen.“ Mindestlohn-Kritikern halten die Jusos entgegen, dass in vielen europäischen Ländern untere Lohngrenzen existieren. „18 von 25 EU-Ländern haben Mindestlöhne eingeführt. In arbeitsmarktpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben alle gute Erfahrungen gemacht“, sagte Hillger. Die Jusos wollen mit ihrem Antrag das soziale Profil der SPD schärfen.